

Mein Newsletter für den Wahlkreis

September 2025

BARTOL KOMPAKT



Der Bau-Turbo

Bundeshaushalt 2025

**Marburg: Millionen für
den Hochwasserschutz**

**Rechtsextremismus
auf dem Vormarsch**

Inhaltsverzeichnis

September 2025

- 03 Vorwort
- 04 Bundeshaushalt 2025 - Milliarden für Städte- und sozialen Wohnungsbau
- 05 Der Bau-Turbo
- 06 SPD-Bundesparteitag 2025
- 07 Die verhinderte Wahl einer Richterin
- 08 Hessenempfang „Äppelwoi trifft Ahle Wurscht“
- 09 Marburg: Millionen für den Hochwasserschutz
- 10 Unterwegs im Wahlkreis
- 11 Der CSD in Marburg
- 12 Rechtsextremismus auf dem Vormarsch
- 13 Aus meiner Bürgersprechstunde
- 14 Praktikumsbericht Samiya Id-Lefqih
- 15 Marburg spitze bei Hitze

Impressum:
Herausgeber: Sören Bartol
Biegenstraße 33
35037 Marburg
06421 - 1699016
soeren.bartol.wk@bundestag.de



05 Der Bau-Turbo



09 Marburg: Millionen für den Hochwasserschutz

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die parlamentarische Sommerpause ist vorbei. Für mich als Abgeordneter bedeuten diese Wochen neben der Arbeit im Ministerium immer auch Zeit für Marburg-Biedenkopf – um mich im Wahlkreis bei Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, Besuchen in Betrieben und auf Veranstaltungen auszutauschen und präsent zu sein.

Politisch gab es keine Atempause. Trumps Zollpolitik, der Horror in Gaza und der Ukraine, die Debatte um die geplatzte Richterwahl von Prof. Frauke Brosius-Gersdorf. All das fordert Klarheit, Verantwortung und Haltung.

Anfang Juli hat unser Bundesfinanzminister Lars Klingbeil einen Entwurf zum Haushalt vorgelegt, der trotz an-

gespannter Finanzlage Investitionen in die Zukunft vorsieht: in Bildung, Digitalisierung, soziale Sicherheit und den klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft. Gerade jetzt müssen wir zeigen, dass Solidarität und Zukunftsfähigkeit keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen.

Die Debatte um - und die gescheiterte Richterwahl selbst wiederum hat deutlich gemacht, dass Parteitaktik nicht über Vertrauen in unsere Institutionen gestellt werden. Das Bundesverfassungsgericht verdient Respekt – nicht Kalkül. Als Gesellschaft dürfen wir uns nicht spalten lassen. miteinander reden statt polarisieren. Als SPD-Fraktion stehen wir für Verlässlichkeit, Zusammenhalt und Verantwortung. Und diese Haltung erwarten wir auch von unserem Koalitionspartner.

Wir müssen handeln. Unser Land braucht Investitionen, soziale Sicherheit, Planbarkeit. Deshalb bringen wir in diesen Wochen Investitionen für wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und eine moderne Infrastruktur auf den Weg. Diese Koalition hat die Chance, unser Land zukunfts-fest zu machen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Ich will, dass wir diese Chance nutzen. Auf die Begegnungen mit Ihnen in nächster Zeit freue ich mich sehr,

Ihr

Sören Bartol





Foto: Unsplash

Bundeshaushalt 2025 - Milliarden für Städte- und sozialen Wohnungsbau

Im Juni hat das Bundeskabinett den zweiten Regierungsentwurf des Haushalts 2025 und die Finanzplanung bis 2029 beschlossen. Im Bundesbauministerium bin ich für den Haushalt zuständig. Dass der Etat des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen von 6,7 Milliarden Euro in 2024 auf 7,4 Milliarden Euro in 2025 und auf 7,6 Milliarden Euro in 2026 steigt, ist eine gute Nachricht. Davon können wir mehr bezahlbare Wohnungen schaffen und Menschen in verschiedenen Alters- und Einkommensgruppen sowie die Kommunen gezielt unterstützen. Mit dem im Juni vom Kabinett beschlossenen Bau-Turbo haben wir die Grundlage dafür geschaffen, dass künftig deutlich schneller gebaut, aufgestockt und nachverdichtet werden kann, sofern auch der Bundestag den Plänen so zustimmt. Mit

dem Investitions-Turbo legen wir nach und schaffen mit Rekordmitteln für den sozialen Wohnungsbau die Voraussetzung dafür, dass wir den Bestand an Sozialwohnungen endlich wieder erhöhen und damit für eine Trendwende sorgen. Von 2025 bis 2029 stellt der Bund die Rekordsumme von insgesamt 23,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Seit der Revitalisierung des sozialen Wohnungsbaus im Jahr 2022 kommt so eine Summe von 31,15 Milliarden Euro zusammen – in der Geschichte des sozialen Wohnungsbaus beispiellos. Im Klima- und Transformationsfonds sowie im neuen Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sind weitere Programmmittel für das Bundesbauministerium vorgesehen: insgesamt sind das aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität über 11 Milliarden Euro für den

Wohnungsbau. Bis 2029 investiert der Bund damit massiv in den Bereich Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, um steigenden Wohnkosten etwas entgegenzusetzen. Weil zu gutem Wohnen auch ein lebenswertes Wohnumfeld gehört - egal ob auf dem Land oder in der Stadt - verdoppeln wir bis 2029 die jährlichen Mittel für die Städtebauförderung schrittweise auf 1,58 Milliarden Euro. Damit stärken wir lebendige Quartiere und gesellschaftlichen Zusammenhalt und sorgen für spürbare Verbesserungen im Alltag.

Städte und Gemeinden können künftig schneller grünes Licht für den Wohnungsbau geben – auch ohne Bebauungsplan. Das Kabinett hat dafür den „Bau-Turbo“ im Bundesbaugesetz beschlossen. Mit dem „Wohnungsbau-Turbo“ soll schneller mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen. In Deutschland fehlen hunderttausende bezahlbare, neue Wohnungen. Der Wohnungsbau dauert häufig lange – auch wegen langwieriger Planungs- und Genehmigungsverfahren. Nun hat das Bundeskabinett Regelungen im Bundesbaugesetz beschlossen, die das ändern sollen: Die Bundesregierung will damit Tempo fürs Bauen machen. „Wir brauchen schnell mehr bezahlbaren Wohnraum. Die Neuregelung ermöglicht es Gemeinden, das Planen und Genehmigen wesentlich zu beschleunigen. Das spart Zeit und Kosten“, kündigte Bundesbauministerin Hubertz nach dem Kabinettsbeschluss an und betonte: „Davon profitieren kommunale Planungs- und Genehmigungsbehörden, die Bauwirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in verdichteten Siedlungsgebieten.“ Die neuen Sonderregelungen – Paragraph 246e Baugesetzbuch – und weitere damit verbundene Neuregelungen ermöglichen weitreichende Abweichungen

vom Bauplanungsrecht, wenn diese dem Wohnungsbau dienen. Das heißt: Städte und Gemeinden erhalten mehr Entscheidungsspielraum. Sie können künftig unter Abwägung nachbarschaftlicher Interessen und öffentlicher Belange auf die Aufstellung eines Bebauungsplans verzichten. Das spart neben Kosten vor allem Zeit, denn bei der Aufstellung eines Bebauungsplans vergehen oft mehrere Jahre, bevor der erste Bagger rollt. Die Sonderregelung soll befristet bis Ende 2030 gelten. Das Bundesbauministerium wird die Wirksamkeit der neuen Regelungen bis Ende 2029 evaluieren. Die Sonderregelung soll zum einen ermöglichen schneller neue Wohnungen zu bauen, zu anderen auch Wohngebäude zu erweitern, aufzustocken und Gebäude in Wohnraum umzuwidmen, beispielsweise Gewerbeflächen und -gebäude. Mit der Sonderregelung sowie weiteren Änderungen im Baugesetzbuch können Städte und Gemeinden die Genehmigungsverfahren straffen und auch leichter von bestehenden Bebauungsplänen abweichen. Umwelt- und naturschutzrechtliche Regeln gelten im Übrigen uneingeschränkt fort. Ein Verzicht auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nur dann möglich, wenn nach überschlägiger Prüfung der Kommune keine zusätzlichen erheblichen Um-

weltauswirkungen durch das Bauvorhaben zu erwarten sind, etwa wenn Wohnraum aufgestockt wird oder Ausgleichsmaßnahmen erfolgen. Der Bau-Turbo verbindet beide Anliegen miteinander und zeigt: Schnelleres Bauen und Umweltschutz schaffen Lebensqualität, sie sind miteinander vereinbar. Mit dem Gesetzentwurf sollen zudem befristete Regelungen verlängert werden, um mehr Bauland in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten auszuweisen. Das sind bestimmte Gebiete in Städten und Ballungsräumen, wo dringend mehr bezahlbarer Wohnraum gebraucht wird und sich auch viele Menschen mit normalen Einkommen oft die gestiegenen Mieten nicht mehr leisten können. Dort soll zum Schutz von Mieterinnen und Mietern auch die Regelung gegen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen länger gelten – nämlich statt bis Ende 2025 nun bis Ende 2030. Neben der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sichert der Bauturbo also auch vorhandenen. Nach dem Kabinettsbeschluss wird das Gesetz gerade im Parlament in den Fraktionen, Ausschüssen und im Plenum beraten und baldmöglichst verabschiedet, damit es noch in diesem Jahr in Kraft tritt.



Der Bau-Turbo

Foto: Unsplash

Der Bundesparteitag der SPD im Juni 2025 in Berlin stand ganz im Zeichen der Aufarbeitung der schmerzlichen Bundestagswahl-niederlage und der Suche nach einem neuen politischen Kurs. Unter dem Motto „Veränderung beginnt mit uns“ kamen Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen, um personelle und inhaltliche Weichenstellungen für die kommenden Jahre vorzunehmen. Aus Marburg-Biedenkopf nahmen neben mir, Sophie Frühwald und Patricia Grähling am Parteitag teil. Wir waren Teil einer starken hessischen Delegation. Herausstechend erfreulich war die Wahl von Bärbel Bas zur neuen Co-Vorsitzenden. Mit 95 % Zustimmung erhielt sie ein starkes Mandat und symbolisierte für viele Delegierte einen glaubwürdigen Neuanfang in der Aufstellung der Partei. Gemeinsam mit Lars Klingbeil bildet sie nun die neue Doppelspitze. Aus meiner Sicht ein starkes Duo. Aus Hessen werden zudem Dagmar Schmidt, Timon Gremmels und Kaweh Mansoori dem Bundesvorstand angehören. Als Vorsitzender der SPD Hessen gehöre ich dem Länderrat der SPD an. Auch inhaltlich setzte

der Parteitag einige Akzente: So wurde etwa ein Antrag zur Vorbereitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD beschlossen, ebenso wie eine Initiative zur Förderung des sogenannten „grünen Stahls“ – ein deutliches Bekenntnis zur Industriepolitik der Zukunft. Zudem kündigte die Parteiführung an, bis 2027 ein neues Grundgesetzprogramm erarbeiten zu wollen. Dieses muss klar unseren Kurs für die Bundestagswahl 2029 aufzeigen und ungeachtet der Koalition unser eigenes Profil sichtbar machen, ohne den Kompromiss der Koalitionsverhandlungen bereits vorwegzunehmen. Trotz dieser Aufbruchssignale blieb der Parteitag nicht ohne Kritik, was nach einer solchen Wahl-niederlage auch nicht überraschend war. In der SPD wird auf Parteitagen kontrovers diskutiert, dies zeichnet uns aus. Eines der Zeichen dafür war das schwache Ergebnis für Lars Klingbeil, der lediglich 64,9 % der Stimmen erhielt – ein deutliches Zeichen innerparteilicher Unzufriedenheit, mit der die Parteiführung nun auch umgehen muss. Auch in der inhaltlichen Debatte wurden unterschiedliche Sichtweisen deutlich. So gab es Kontroversen um die Erhöhung des Mindestlohns, die

Ausrichtung der Migrationspolitik sowie die Verteidigungsausgaben im Rahmen der NATO-Verpflichtungen. Auch ein außenpolitisches Manifest mehrerer Genossen, das für eine stärkere Entspannungspolitik und Dialog mit Russland warb, wurde hart diskutiert. Diese Sicht auf die deutsche Außenpolitik ist aber in der Partei nicht mehrheitsfähig. Trotz dieser Herausforderungen verlief der Parteitag geordnet und sehr würdig. Saskia Esken, die nach vielen Jahren nicht erneut als Bundesvorsitzende kandidierte, wurde mit langem Applaus verabschiedet. Auch Altkanzler Olaf Scholz nahm mit emotionalen Worten Abschied von der großen Parteibühne. Dieser Parteitag war ein Balanceakt zwischen dem Willen zur Erneuerung und der Verarbeitung von Unzufriedenheit. Wir setzen neue inhaltliche und personelle Impulse. Ich weiß, dass dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, aber wir sind auf einem guten Weg.

SPD-Bundesparteitag 2025





Die verhinderte Wahl einer Richterin

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Am 11. Juli sollte der Bundestag drei neue Richterinnen und Richter für das Bundesverfassungsgericht wählen. Doch die Abstimmung platzte. Eine unserer Kandidatinnen war Professorin Frauke Brosius-Gersdorf, eine anerkannte exzellent qualifizierte Verfassungsjuristin von großer persönlicher Integrität und mit einer klaren demokratischen Haltung. Im August hat Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf, ihre Kandidatur für das Bundesverfassungsgericht zurückgezogen. Vorausgegangen war eine gezielte Desinformationskampagne von rechts, die mit einer sachlichen Auseinandersetzung nichts mehr zu tun hatte. Wenn Persönlichkeiten mit unbestrittener fachlicher Qualifikation durch eine orchestrierte Kampagne zum Aufgeben bewegt werden, ist das ein überdeutliches Warnsignal, sowohl für die politische Kultur und ihre Institutionen, als auch für eine demokratische Streitkultur, die unterschiedliche Meinungen aushalten muss. Gleichzeitig stellte sich die Frage, was Absprachen in einer Koalition

wert sind? Die Richterwahl wurde mit breiter Zustimmung in den zuständigen Gremien vorbereitet, auch mit Stimmen der Union. Die Unionsspitze war frühzeitig eingebunden und hatte ihre Zustimmung wiederholt signalisiert. Dass sich zentrale Teile der CDU/CSU-Fraktion am Ende davon distanziert haben, hat mich erschüttert. So verspielt man Vertrauen in die Demokratie. Für mich ist klar: Die Union muss sich zu klaren Spielregeln des Regierens bekennen. Nur wenn Zusagen Bestand haben, sind tragfähige Kompromisse möglich. Nur dann können wir Vertrauen in Politik zurückgewinnen. Menschen erwarten zu Recht, dass wir jetzt anpacken. Gerade deshalb braucht es Stabilität und klare Führung. Die gemeinsame Klausur der geschäftsführenden Fraktionsvorstände in Würzburg war ein gutes Zeichen. Hier wurde Klartext gesprochen und ein besseres Miteinander vereinbart. Wir stehen als SPD-Fraktion für Verlässlichkeit, Zusammenhalt und Verantwortung. Und diese Haltung erwarten wir auch von unserem Koalitionspartner. Die

Signale nach Würzburg stimmen mich optimistisch. Unser Land braucht Investitionen, soziale Sicherheit, Planbarkeit. Deshalb bringen wir in diesen Wochen Investitionen für wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und eine moderne Infrastruktur auf den Weg. Die Koalition muss jetzt Probleme lösen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Ich will, dass wir diese Chance nutzen. In der Frage der Besetzung der offenen Richterstellen am Bundesverfassungsgericht werden wir als SPD-Fraktion einen neuen Vorschlag unterbreiten, weiterhin orientiert an fachlicher Kompetenz. Unser Vorschlagsrecht nehmen wir mit Verantwortung und Klarheit wahr. Ich gehe davon aus, dass die Union unseren neuen Vorschlag dann mittragen wird. Hier finden sich die Beschlüsse der Würzburger Klausurtagung: https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/beschlusspapier_gfv_klausur_union_spd.pdf



Fröhliche Hessen in Berlin! Zum Apfelweinanstich in der hessischen Landesvertretung hatten wir am 21. Mai in die Hessischen Landesvertretung in Berlin geladen. Zusammen mit der hessischen SPD-Landtagsfraktion, unseren Mitarbeitenden und vielen Gästen haben wir an diesem Abend ein Stück hessische Lebensart in die Hauptstadt gebracht. Der Vorsitzende Tobias Eckert und die parlamentarischen Geschäftsführerin der hessischen SPD-Fraktion Lisa Gnadl waren ebenso gekommen wie der stellvertretende Ministerpräsident Kaweh Mansoori und die Ministerinnen Heike Hofmann und Timon Gremmels. Die

Apfelweinköniginnen durften natürlich nicht fehlen, ebenso wenig wir der Thüringer Innenminister Georg Maier, dessen Besuch inzwischen schon Tradition hat. Die neu gewählte Fraktionsspitze der SPD-Bundestagsfraktion war vertreten und natürlich war auch die neue Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, zugleich die Beauftragte für Antirassismus, Natalie Pawlik aus der Wetterau angereist. Auf dem Podium diskutierte unsere Generalsekretärin Dr. Josefine Koebe mit Gründerinnen und Gründern den neuen Hessenfonds unseres Wirtschaftsministers Kaweh Mansoori, der hessischen Unternehmerinnen und Unterneh-

mern bei der Transformation den Rücken stärkt. Und dann gab es an diesem schönen Sommerabend natürlich Äppelwoi und Ahle Wurscht für alle. Perfekte Bedingungen für Netzwerken und Austausch auf Bundes- und Länderebene. Besonders habe ich mich mit meinem Landtagskollegen Sebastian Sack über den Besuch aus dem eigenen Wahlkreis gefreut. Der Hessenempfang ist ein Fest, für das sich die Anreise nach Berlin immer lohnt. Ich freue mich schon jetzt auf den Apfelweinanstich im nächsten Jahr.





Marburg: Millionen für den Hochwasserschutz

Die Universitätsstadt Marburg erhält im Rahmen des Bundesprogramms „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ eine Förderung in Höhe von rund 2,9 Millionen Euro. Den entsprechenden Förderbescheid konnte ich im Juli dem Marburger Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies im Marburger Rathaus überreichen. Ganz konkret werden die Marburger Maßnahmen mit genau 2.886.000,00 Euro vom Bund unterstützt. Ziel der Förderung ist es, innovative Projekte der Grün- und Freiraumentwicklung voranzutreiben, die einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung leisten. Besonders im Fokus stehen Maßnahmen, die den CO₂-Ausstoß verringern, die Resilienz urbaner Räume erhöhen und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels verbessern. In Marburg werden mit dieser Förderung multifunktionale Retentionsmaßnahmen umgesetzt, die sowohl den Hochwasserschutz verbessern als auch zur weiteren Steigerung der Lebensqualität in der Stadt

beitragen. Die Stadt Marburg hat in den letzten Jahren ein umfassendes Klimaanpassungskonzept entwickelt, das auf verschiedenen Analysen und Risikobetrachtungen basiert. Zu den zentralen Aspekten des Konzepts zählen die Identifizierung von Hotspots in Bezug auf Starkregen und Stadtklima sowie die Planung konkreter baulicher Maßnahmen. Ein entscheidendes Element dieses Konzepts sind die beiden Retentionsräume in den Ortsteilen Michelbach und Wehrda. Diese Maßnahmen haben zum Ziel, Außengebietszuflüsse bei Starkregenereignissen zurückzuhalten, um Schäden im urbanen Bereich zu vermeiden. Durch die Schaffung dieser Rückhalteflächen werden Überflutungen und die damit verbundenen Gefahren für die Infrastruktur der Stadt minimiert. Im Gebiet zwischen Teufelsgraben und Michelbach ist die Schaffung von Überschwemmungsflächen geplant, um den Hochwasserschutz zu verbessern. In Wehrda fließt der Teufelsgraben derzeit noch unterirdisch in Rohren unter dem Sport- und Spielplatz „Zur Wann“. Die geplante Maßnahme

sieht vor, das Gewässer freizulegen und Querdämme zu errichten, um Wasser zwischenzuspeichern. Zudem ist eine klimafreundliche Bepflanzung vorgesehen, und es wird ein Mehr- generationenplatz geschaffen, der der Gemeinschaft zugutekommen soll. Die Stadt Marburg kalkuliert für dieses Vorhaben mit einer Investition von insgesamt 3,848 Millionen Euro. Von dieser Summe übernimmt der Bund 75 Prozent der Kosten. Mit der finanziellen Unterstützung durch das Bundesprogramm kann Marburg nicht nur einen wichtigen Schritt in Richtung eines besseren Hochwasserschutzes gehen, sondern auch innovative Lösungen zur Anpassung an den Klimawandel realisieren. Die Stadt setzt auf eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung, die auch die Bedürfnisse der kommenden Generationen berücksichtigt.

A man with glasses and a white shirt is leaning over, looking at a child's project. In the background, other people are visible in a room with large windows.

Unterwegs im Wahlkreis

Strahlender Sonnenschein, blauer Himmel und tolle Projekte im Wahlkreis. Am ersten Juniwochenende war ich von morgens bis abends in Marburg-Biedenkopf unterwegs: Los ging es am Freitag in Rauschenberg, wo Judith Lakenbrink und Hannah Methfessel mit „Bewegt mit Pferd“ einen Begegnungshof für Menschen jeden Alters mit und ohne Behinderungen geschaffen haben. Schulklassen, Einzelpersonen und Gruppen mit und ohne Therapiebedarf, Reitschülerinnen und -schüler und Familien können hier in der Begegnung mit Pferden Gemeinschaft, Inklusion und Natur erleben. Der große Hof hat neben einem Reitplatz und Ergotherapiepraxis, eine Spiel- und Erlebnisscheune, einen Bauwagen, ein Café und Gemeinschaftsräume. Unter den Mitarbeiten-

den sind auch Menschen mit Behinderungen. Sie alle haben diesen Ort zu einem besonderen sozialen Mehrwert im Landkreis gemacht. Mich hat sehr beeindruckt, was die beiden Gründerinnen hier mit Eigeninitiative, Mut und Leidenschaft entwickelt haben. Immer einen Ausflug wert! Der nächste Besuch mit der Hessischen Sozialministerin ist in Planung. Nach einem kurzen Stopp im Büro ging es raus aus dem Wahlkreis zu einem Ministeriumstermin beim Bauverband Hessen Thüringen. Am nächsten Morgen warteten die MINTmachtage. Die bundesweiten MINTmachtage wollen Kinder für Mathematik, Ingenieur-, Natur- und Technikwissenschaften begeistern. An der Grundschule Münchhausen hat das bestens geklappt: ich habe vielen kleinen Forscherinnen und Forschern bei ihrem

klassenübergreifenden Naturprojekt über die Schulter geschaut. „Schnecken checken“ war das Motto und die Schülerinnen und Schüler hatten so intensiv recherchiert, dass keine Frage zum Thema Schnecken offenblieb. Für so viel Einsatz und Forscherdrang haben Landrat Jens Womelsdorf, der Erste Kreisbeigeordnete Peter Neidel und ich eine Plakette zur Zertifizierung des Betreuungsangebots am Schulgebäude angebracht und jedem Schneckenforschenden eine Urkunde überreicht. Dazu gab es Kunst und Kulinarik: Schnecken in allen Farben und Formen und ein tolles Buffet, bei dem es alles gab außer echten Schnecken (die Weinbergschnecken saßen sicher im Terrarium nebenan).



Am 5. Juli war ich mit vielen Mitgliedern des SPD-Landesvorstandes beim CSD in Marburg mit dabei. Ich bin dankbar und stolz, Teil dieser bunten, kraftvollen und politischen Demonstration für die Rechte queerer Menschen in meinem Wahlkreis gewesen zu sein. Als Bundestagsabgeordneter der SPD ist es mir ein persönliches und politisches Anliegen, Gesicht zu zeigen – gegen Diskriminierung, gegen Ausgrenzung und gegen Hass. Der CSD ist weit mehr als nur ein buntes Fest: Er ist ein lauter und deutlicher Appell für eine offene, vielfältige und gerechte Gesellschaft – und leider nach wie vor notwendig. Wir erleben auch 2025, dass queere Menschen in Deutschland mit Anfeindungen, Vorurteilen und struktureller

Benachteiligung konfrontiert sind – sei es auf der Straße, in der Schule, am Arbeitsplatz oder im Gesetzbuch. Deshalb müssen wir als Politik und Gesellschaft klar Position beziehen. Der CSD ist dafür ein wichtiges Zeichen: Er macht Sichtbarkeit möglich, gibt Empowerment und erinnert uns daran, dass Rechte niemals selbstverständlich sind – sondern immer wieder verteidigt und erkämpft werden müssen. In Marburg haben viele Menschen gezeigt, wie stark der Zusammenhalt ist. Queere Initiativen, Jugendgruppen, Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen haben gemeinsam demonstriert – für Respekt, Selbstbestimmung und echte Gleichstellung. Es war spürbar: Hier geht es um mehr als nur um Symbolik. Es geht um kon-

krete politische Forderungen – vom Selbstbestimmungsgesetz über den Schutz queerer Geflüchteter bis hin zu einem wirksamen Aktionsplan gegen Queerfeindlichkeit. Ich habe von diesem CSD viele Gespräche, Eindrücke und Motivation mit nach Berlin genommen. Denn der Kampf für gleiche Rechte endet nicht mit der Parade – er beginnt dort erst richtig. Die SPD steht dabei fest an der Seite der queeren Community. Liebe ist politisch. Sichtbarkeit ist politisch. Und der CSD ist es auch. Danke an alle, die Marburg bunter, lauter und gerechter gemacht haben.



CSD in Marburg



Rechtsextremismus auf dem Vormarsch

Am 26. Mai fand eine wichtige Veranstaltung im vollbesetzten KFZ statt, bei der Politikerinnen, Politiker und Expertinnen und Experten über das Thema „Rechtsextremismus auf dem Vormarsch – Was tun?“ diskutierten. Angesichts der wachsenden Bedrohung durch die AfD, die vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft wird, stand die Demokratie und ihr Schutz im Mittelpunkt der Debatte. Moderiert wurde die Diskussion von Katrin Werner-Kappler. Auf dem Podium saßen neben mir meine Bundestagskollegin Anna Lührmann (Grüne) Deseree Becker (Linke), Felix Kolb (Campact), Marco Wanderwitz (ehemaliger Ostbeauftragter der Bundesregierung) und der Autor Dirk Laabs. Darum ging es: In den Umfragen dominieren die blauen Farben der AfD die Landkarte der neuen Bundesländer. Ihre radikale Rhetorik verbreitet Hass und Hetze, was leider in Teilen der Bevölkerung großen Zuspruch findet. Die Grundlage des deutschen Staates – die Verfassung, die Rechtsstaatlichkeit und die sozialen Errungenschaften – wird von der AfD zunehmend in Frage gestellt. Die Frage, die sich stellte, war: Was kann die Zivilgesellschaft tun und welche Rolle spielt die Politik in diesem Zusammenhang? Ein zentraler Punkt der Diskussion war die Einstufung der AfD als gesichert rechtsextremistisch durch den Verfassungsschutz. Dabei

ging es auch um die Frage, ob ein mögliches Verbotsverfahren gegen die Partei sinnvoll ist. Marco Wanderwitz, der in seiner Zeit als Ostbeauftragter und als Abgeordneter in Thüringen enge Einblicke in die Entwicklung der AfD und ihrer Strukturen hatte, stellte eindrucksvoll dar, wie gefährlich die politische Ausrichtung vieler ihrer Mitglieder und Mandatsträger für die Demokratie ist. Die Podiumsteilnehmer waren sich einig: Jetzt ist die Zeit zu handeln. Es ist gefährlich, die Augen vor der Gefahr zu verschließen, die die AfD und viele ihrer Mitglieder für unsere demokratischen Werte darstellen. Besonders in den neuen Bundesländern, wo die Partei besonders stark ist, ist es dringend notwendig, klare Zeichen gegen den Rechtsextremismus zu setzen. Dabei wurde immer wieder betont, dass es Aufgabe der Politik ist, die Gefahr rechtzeitig zu erkennen und notfalls einen Antrag auf ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu stellen. Ein weiteres Kernthema war, wie sich die Zivilgesellschaft aktiv gegen die AfD und deren gefährliche Ideologie stellen kann. Nur gemeinsam können Demokratinnen und Demokraten den Hass- und Hetzkampagnen sowie den ständigen Angriffen auf unsere demokratischen Strukturen entgegenwirken. Dies war das Fazit einer intensiven und anregenden Diskussion, die die Dringlichkeit des Handelns unterstrich. Die Väter und

Mütter des Grundgesetzes haben uns Instrumente an die Hand gegeben, um die Demokratie vor ihren Feinden zu schützen. Ein Verbot der AfD ist nur möglich, wenn das Bundesverfassungsgericht eine ausreichend große Gefahr erkennt. Die Mitglieder der Podiumsdiskussion waren sich einig, dass ein Verfahren für ein AfD-Verbot notwendig ist, um die Demokratie zu schützen. Am Ende bleibt es an der höchsten Instanz, dem Bundesverfassungsgericht, zu entscheiden, ob die AfD eine solche Gefahr darstellt. Es war ein Appell an alle Demokratinnen und Demokraten, sich wehrhaft zu zeigen und nicht tatenlos zuzusehen, wenn die Grundfesten unserer Verfassung angegriffen werden. Nur durch entschlossenes Handeln und gemeinsame Anstrengungen kann der Aufstieg des Rechtsextremismus und der AfD gestoppt werden.





Aus meiner Bürgersprechstunde

In regelmäßigen Abständen lade ich zu einer Bürgersprechstunde in meinem Wahlkreisbüro in Marburg ein. Bis heute gehört der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis Marburg-Biedenkopf zu meinen wichtigsten Aufgaben als Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 170. Ich schätze den Austausch und Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern, denn davon lebt meine Arbeit als Vertreter des Wahlkreises. Über meine Social-Media-Kanäle und über Veröffentlichungen in der lokalen Presse künde ich die Bürgersprechstunden an. Darüber hinaus erreichen mein Büro regelmäßig Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die gezielt nach der nächsten Bürgersprechstunde fragen. Die Anliegen meiner Gesprächspartnerinnen

und Gesprächspartner sind vielfältig. Im Juni ging es zum einen um konkrete Bauvorhaben im Wahlkreis und Unterstützungsmöglichkeiten von mir als Parlamentarischem Staatssekretär im zuständigen Ministerium, zum anderen wurde allgemeine Kritik am Steuersystem Deutschlands geäußert. Nicht immer kann ich direkt helfen bzw. sind wir in den Gesprächen einer Meinung, aber oft werden in den Gesprächen Anstöße gegeben, Ich leite Anfragen nach Berlin weiter oder kontaktiere die zuständigen Kolleginnen und Kollegen in den Ausschüssen, sodass Kritik und Anregungen ihren Weg in die parlamentarische Arbeit finden. Im Juli fand dann eine weitere Sprechstunde statt, die auch gut besucht und mit verschiedenen Themen bestückt war. Es ging um Grund-

stücksfragen, Straßenausbaubeiträge, Aufenthaltsgenehmigungen und das Erbrecht. Die nächste Bürgersprechstunde wird am 11. Oktober um 14:30 Uhr in meinem Büro stattfinden. Ich freue mich schon jetzt auf die Bürgerinnen und Bürger und hoffe hier und da konkret helfen zu können.

Praktikumsbericht Samiya Id-Lefqih



Mein Name ist Samiya Id-Lefqih und ich besuche die 12. Klasse des Gymnasiums Philippinum in Marburg. Im vergangenen Schuljahr habe ich als Junior-Botschafterin im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) ein Auslandsjahr in den USA verbracht. Mein Patenabgeordneter war Sören Bartol. Die Teilnahme an diesem Programm hat mein politisches Interesse nachhaltig gestärkt – daher hat mich ein Praktikum im Bundestag besonders angesprochen. Die erste meiner beiden Praktikumswochen fiel auf eine Sitzungswoche des Bundestags – eine Zeit, in der im Regierungsviertel besonders viel Betrieb herrscht. Überall fanden Sitzungen, Besprechungen und Abstimmungen statt. Die Plenardebatten waren ohne Frage sehr spannend, aber am interessantesten fand ich die Prozesse hinter den Kulissen:

die Arbeit in Ausschüssen, Arbeitsgemeinschaften oder Landesgruppen. Da Sören Bartol Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen ist, lag ein inhaltlicher Schwerpunkt meines Praktikums auf dem geplanten Gesetz zum sogenannten „Wohnungsbau-Turbo“. Das Thema Wohnraummangel betrifft viele und insbesondere in meiner Generation ist die Sorge keinen bezahlbaren Wohnraum, geschweige denn ein Eigenheim, zu finden groß. Der Einblick in die politischen Lösungsansätze war für mich sehr interessant. Ein Highlight waren auch die Termine außerhalb des Bundestags, etwa Veranstaltungen mit Vertreter*innen der Bau- und Immobilienbranche, zu denen Sören Bartol als Regierungsvertreter eingeladen war. Eine Veranstaltung thematisierte den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im

Bauwesen, eine andere widmete sich dem Konzept „Beschäftigtenwohnen“ als innovatives Zukunftsmodell. Zu meinen Aufgaben als Praktikantin gehörten unter anderem das Erstellen des täglichen Pressespiegels, ein Social-Media-Beitrag (Reel) zum „Bauturbo“ sowie ein Artikel über das Thema Hitzeanpassung in Marburg. Besonders gefreut hat mich auch der Austausch mit anderen Praktikant*innen von SPD-Abgeordneten, die zeitgleich im Bundestag waren. Zwei von ihnen organisierten regelmäßig gemeinsame Aktivitäten, darunter spannende Führungen durch verschiedene Ministerien. Das Praktikum hat mir nicht nur Einblicke in den parlamentarischen Alltag ermöglicht, sondern auch meine Motivation gestärkt, mich künftig selbst politisch zu engagieren. Für diese bereichernde Erfahrung danke ich Sören Bartol sehr herzlich.



Marburg spitze bei Hitze

Die Marburger Schülerin Samiya Id-Lefqih hat im Juli ein Praktikum in meinem Berliner Büro absolviert. Dabei hat sie sich mit der Frage beschäftigt, welche Auswirkungen der Klimawandel auf unsere Städte und Gemeinden hat. Wie die Stadt Marburg sich auf Hitze und Extremwetterlagen vorbereitet, beschreibt sie im vorliegenden Artikel: Der Klimawandel schreitet voran, auch in Deutschland bekommen wir das in zunehmendem Maß zu spüren. Immer mehr Hitzetage sind nicht nur unangenehm, sondern bergen auch erhebliche gesundheitliche Risiken. In diesem Jahr gilt in Hessen seit dem 1. Juni Warnstufe 2 des Hitzewarnsystems. Die Ergebnisse des „Hitzechecks“ der Deutschen Umwelthilfe sind ebenfalls alarmierend. Mehr als 12 Millionen Menschen sind in deutschen Städten von extremer Hitze betroffen. Nur 28 von 190 Städten erhielten in der Bewertung eine grüne Karte. Darunter auch Marburg, das

unter allen hessischen Städten am besten abschnitt. Besonders durch ihren niedrigen Anteil an versiegelter Fläche und einen hohen Grünflächenanteil konnte die Stadt dabei punkten. Mit München und Berlin ist sie außerdem eine von drei Kommunen in Deutschland, die zur Blue Community ernannt wurde. Die Auszeichnung erhalten Städte, die Wasser als öffentliches Gut schützen und es in Form von Trinkwasserbrunnen für alle frei zugänglich machen. In Marburg gibt es rund 20 öffentliche Brunnen, an denen sich jeder erfrischen kann. Doch auch hier kommt es im Sommer auf versiegelten Flächen wie der Oberstadt, dem Biegenviertel und in Verkehrsräumen zu Überwärmung. Aktuell erarbeitet die Stadt Marburg mit 14 weiteren Kommunen im Rahmen einer Förderung des Bundes ein Klimaanpassungskonzept. Für mehr Schutz vor Starkregen und Hochwasser plant die Stadt die Renaturierung des Teufelsgrabens in Wehrda und des Michelbachs im Stadtteil Michel-

bach. Das soll für mehr Sicherheit der Anwohnerinnen und Anwohner sorgen. Der Bund fördert das Modellprojekt mit 2,8 Millionen Euro. In der Innenstadt laufen diverse Maßnahmen zur Klimaanpassung. Unter anderem wird die Liebigstraße im Südviertel im Zuge von Erneuerung der Ver- und Entsorgungsleitungen begrünt und darüber hinaus mit rot gesägtem Granitpflaster versehen. Beides soll für ein kühleres Stadtklima sorgen. Und auch für private Projekte gibt es Förderungen. So wird beispielsweise die Begrünung des eigenen Haus- oder Garagendaches mit einem Zuschuss der Stadt Marburg unterstützt. Mehr Informationen dazu unter: <https://www.marburg.de/portal/seiten/foerderprogrammefuer-mehr-klimaschutz-und-klimaanpassung-900002385-23001.html>